

Inhalt der Sitzung vom 16.04.2007

TOP Ö 1 Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 19.03.2007 gefassten Beschlusses

Eingangs der Sitzung gab Bürgermeister Huckele bekannt, dass das Ratsgremium in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 19.03.2007 einstimmig dem Antrag auf Stundung einer Erbpacht stattgegeben hatte.

TOP Ö 2 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Bruchhäuser Weg“ - Offenlagebeschluss

Die während der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Bruchhäuser Weg“ wurden dem Ausschuss für Umwelt- Technik- und Bauangelegenheiten am 26.03.2007 zusammen mit den von der Verwaltung und dem Planungsbüro erarbeiteten Behandlungsvorschlägen vorgestellt.

Der Ausschuss zeigte sich mit den Vorschlägen grundsätzlich einverstanden; lediglich die von Bürgerseite vorgeschlagene Ausweisung von 5 öffentlichen Stellplätzen auf einer baulichen Aufweitungsfäche am Ende der Leonhardstraße sollte in den Fraktionen nochmals beraten werden. Die Verwaltung schlägt hier nochmals vor, die letzte Chance zur Schaffung einer Wendemöglichkeit und von 5 öffentlichen Stellplätzen zu nutzen und so die Anwohner der Leonhardstraße bezüglich der dortigen Probleme mit dem ruhenden Verkehr zu entlasten. Darüber hinaus sollte nochmals die Notwendigkeit von Ausgleichsflächen außerhalb des Bebauungsplans thematisiert werden. In der Ausschusssitzung wurde diese vom Fachplanungsbüro und der Verwaltung aufgrund der im Gebiet vorhandenen stark gefährdeten und besonders geschützten Tierarten (Steinkauz, Zauneidechse und Körnerbock) als unvermeidlich dargelegt. Ohne Schaffung eines neuen Lebensraumes für diese Tierarten außerhalb des Planungsgebietes ist die dortige Baulandentwicklung nicht zu realisieren, weil notwendige Fachgenehmigungen nicht erteilt werden.

Zu vorgenanntem Tagesordnungspunkt begrüßte Bürgermeister Huckele Frau Butsch und Frau Uhlig von der Firma Bauland!Entwicklung, Schwetzingen sowie Herrn Ness und Herrn Harter von dem Institut für Umweltstudien (IUS)

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) und Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) waren bei der Beratung zu vorliegendem Tagesordnungspunkt befangen. Sie nahmen daher im Zuhörerraum Platz und wirkten weder beratend, noch beschließend bei der Behandlung des Sachverhalts mit.

Frau Butsch trug das Verfahren der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung vor und fasste die wichtigsten Punkte, Hinweise bzw. Anregungen zusammen:

- Mehrere Hinweise und Anregungen betrafen die Erschließungsplanung und werden dort Berücksichtigung finden, z.B. zur Rad- und Fußwegführung.
- Des Weiteren gab es Anregungen zum Lärmschutz sowie zur Entwässerung, die ebenfalls nach Erarbeitung der jeweiligen Fachgutachten als Klarstellung bzw. Ergänzung in den Bebauungsplan aufgenommen wurden.
- Weitere vielfältige Anregungen sind als Hinweise in den Bebauungsplan eingeflossen, z.B. zum Bodenschutz, zu altlastenverdächtigen Flächen und zu Wasserschutzgebieten
- Einige Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern, z.B. zur Abgrenzung der privaten Grünflächen, zu gestalterischen Festsetzungen bezüglich Höhe der Gebäude, Dachformen und Zulässigkeit von Nebenanlagen, Anzahl der Stellplätze vor der vorderen Baugrenze, konnten in der Regel gefolgt werden.

Frau Butsch konkretisierte weitere Änderungen gegenüber der ursprünglichen Planung. So seien die öffentlichen Verkehrsflächen optimiert und die Grundstücksstruktur geringfügig nach den Wünschen und Anregungen der Anwohner geändert worden. Statt anfänglich 219 werden nun 227 Bauplätze entstehen mit einem etwas höheren Anteil von Doppelhaushälften, die Anzahl der zu erwartenden Wohneinheiten bleibe jedoch weiterhin bei ca. 320. Im Bereich Versickerung wurde eine Gleichstellung mit dem Neubaugebiet Gässeläcker erzielt. Die Festsetzungen bezüglich der Gebäudehöhen wurden vereinheitlicht und damit erreiche man eine vereinfachte Anwendung für Verwaltung, Architekten und Eigentümer. Nach der Erarbeitung des Lärmschutzgutachtens werden die immissionsschutzrechtlichen Festsetzungen ergänzt. Als aktive Lärmschutzmaßnahmen wird eine Lärmschutzwand auf dem vorhandenen Wall. Die Höhe dieser Wand wurde in Rücksprache mit dem Gutachter differenziert, um eine städtebaulich verträgliche und ansprechende Lösung zu finden. Auf der Grundlage des Grünordnungsplanes und des Umweltberichtes wurden die grünordnerische Festsetzungen konkretisiert und ergänzt.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkundigte sich, wie den Belangen des Schützenvereins hinsichtlich des Schiessbetriebs im Rahmen der Lärmschutzuntersuchung Rechnung getragen wurde. Frau Butsch und BAL Boxheimer bestätigten, dass dies im Rahmen des Schallgutachtens geprüft wird.

Gemeinderat Hans-Peter Helmling (CDU) verwies auf zwei strittige Punkte. Nach Ansicht seiner Fraktion sollten statt der vorgesehenen 5 Stellplätze in der Leonhardstraße 7 Stellplätze sowie eine Wendemöglichkeit geschaffen werden. Er kritisierte die außerhalb des Bebauungsplangebiets vorgesehenen Ausgleichsflächen und brachte den Vergleich zu den Baugebieten Im Blumenhof, Im Rosenhof und im Gässeläcker, in denen der Ausgleich im Baugebiet vorgenommen werden konnte. Hinsichtlich der geschützten Tierarten kam er zu einer differenzierten Einschätzung. So könne die Zauneidechse in den Hecken im Grenzbereich des Baugebiets beheimatet werden, der Steinkauz würde sich nicht nur in diesem Bereich sondern im ganzen Gemeindegebiet aufhalten und seine Nahrung suchen. Bezüglich des Körnerbocks lehnte er eine Umsiedlung in die Kirschbaumallee ab, da er der Auffassung war, dass der Körnerbock seine Eier auch in lebendes, gesundes Holz lege und so den Baumbestand gefährde. Ihm sei berichtet worden, dass Schwetzingen im Schlossgarten große Schwierigkeiten mit dem Befall von gesunden Bäumen durch Eier des Körnerbocks hätten. Gemeinderat Helmling verwies auf das vorbildliche Verhalten von Plankstadt hinsichtlich der Bepflanzung des Ortsrandes. Seine Fraktion sei für die Entwicklung des Baugebiets „Bruchhäuser Wegs“, doch er bemängelte die Ausweisung der Ausgleichsflächen außerhalb des

Gebietes.

Herr Ness vom Institut für Umweltstudien gab Gemeinderat Helmling insoweit Recht, dass Plankstadt eine intakte Ortsrandstruktur hat, die artenreich besiedelt sei. Die Novellierung des Naturschutzgesetzes, die Anfang 2006 erlassen wurde, sehe ein Ökokonto vor, bestehende Strukturen könnten dabei nicht als „Plus“ angerechnet werden. Die Überprüfung des Gebietes „Bruchhäuser Weg“ habe nun ergeben, dass dort mit den drei genannten Tierarten, Zauneidechse, Steinkauz und Körnerbock, gleich drei besonders geschützte Tierarten ihren Lebens- und Jagdraum besäßen. Da durch die Bebauung der derzeitige Lebensraum für die Tierarten in diesem Gebiet nicht gesichert werden könne, müsse die Gemeinde externe Ausgleichsflächen in einer Größenordnung von ca. 0,7 Hektar schaffen. Hinsichtlich der genannten bedrohten Tierarten, insbesondere des Körnerbocks, einem Käfer, der weder in vitale, saftige, noch in toten Bäumen auftrete, sondern sich zum Absterben gefährdete Bäume suche, gebe es einen klaren gesetzlichen Auftrag zur Erhaltung dieser Tierarten und deren Lebensräume. Diesem könne sich die Gemeinde nicht verschließen. Wenn kein Ausgleich geschaffen werde, dann werde es auch keine Bauplätze geben, so Herr Ness abschließend.

Im Verlauf der einzelnen Stellungnahmen entstand eine emotionale Debatte über die vorgeschlagenen Ausgleichsmaßnahmen. Teilweise war das Ratsgremium mit den Sachverständigen unterschiedlicher Auffassung, was den Lebens- und Jagdraum der angesprochenen Tierarten betraf. Wie auch Gemeinderat Helmling befürchtete auch Gemeinderat Andreas Berger (CDU), dass der Körnerbock, wenn man ihn in der Nähe der Kirschbäume ansiedelt, die gesamte Allee befallen könne. Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) befürchtete ein Scheitern des Neubaugebietes durch die bedrohten Tierarten. Damit es mit dem Baugebiet vorangehen könne, stimme seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zu, obwohl auch seine Fraktion Probleme mit der Ausweisung der Ausgleichsflächen im Außenbereich habe und hinsichtlich des ÖPNV eine Überprüfung angestrebt hätte.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) machte deutlich, dass bereits im Ausschuss sehr lange über viele Punkte diskutiert wurde. Nicht in allen Punkten bestehe in seiner Fraktion Einigkeit, so über die Parkplätze in der Leonhardstraße sowie dem Wunsch eines Grundstückseigentümers in der Eppelheimer Straße hinsichtlich der weiteren Ausweisung einer Fläche als private Grünfläche (Nr.8). Die geplante kleine Grünfläche auf der Ostseite des Fußweges zwischen Stichweg 10 und Bruchhäuser Weg sollte seiner Auffassung nach wegfallen. Eine solche Fläche berge die Gefahr, als „Dreckfänger“ zu enden und müsse mit großem Aufwand gepflegt werden. Die Flächenversiegelung im Neubaugebiet mit einer Fläche von 5,1 Hektar sah er als bedenklich an, einer Ausweisung der Ausgleichsflächen innerhalb des Baugebiets komme daher eine große Bedeutung zu, ein externer Ausgleich sei nicht unproblematisch, er plädierte zu einer erneuten Überprüfung. Als wichtig bezeichnete er die Schaffung von privaten Grünflächen sowie die Entstehung eines vernünftigen Kleinklimas. Hinsichtlich der Tierarten werde es während der Bauphasen eine natürliche Auslese geben, teilweise bedingt durch Baulärm und streunende Katzen. Bezüglich des Problems Körnerbock könne sich Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Mende auch eine externe Umsiedlung vorstellen.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) signalisierte seitens seiner Fraktion Zustimmung hinsichtlich der Parkplätze sowie der Wendemöglichkeit in der Leonhardstraße.

Für Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) spielt das künftige Baugebiet für die Entwicklung der Einwohnerzahl von Plankstadt eine bedeutende Rolle. Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplans sei im Ausschuss für Umwelt-, Technik- und Bauangelegenheiten teilweise kontrovers diskutiert worden. Bei einem Wertzuwachs im neuen Baugebiet von ca 25 Millionen Euro müssten seiner Auffassung nach die externen Ausgleichsflächen für die bedrohten Tierarten zu leisten sein. Die Gemeinde sei mit 3-4 Millionen Euro Wertabschöpfung an der Umlegung beteiligt, damit werde der Haushalt 2007 finanziert. Er bedauerte, dass durch das Baugebiet wertvolle Fläche für

Flora und Fauna verloren gehe. 0,7 Hektar Ausgleichsfläche sei bei der geplanten massiven Versiegelung nicht zuviel. Mit der Ausweisung von nunmehr 227 Bauplätzen werde es eine weitere Verdichtung in dem Gebiet geben. Hinsichtlich der Ausführungen von Frau Butsch zum Wasserschutzgebiet vermisste er eine schriftliche Stellungnahme der Behörden. Nach seinem Kenntnisstand seien bezüglich der Wasserschutzzonen 2 und 3 hydrogeologische Untersuchungen durchgeführt worden, die schriftliche Stellungnahme dazu liege noch nicht vor. Die Errichtung von 5 oder sogar 7 Parkplätzen in der Leonhardstraße lehne die GLP ab, über eine Wendemöglichkeit in diesem Bereich könne man noch diskutieren. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass die ursprünglich vorgesehenen Grünflächen beibehalten sowie ggf. das Aufhängen von Nistkästen vorgesehen werden sollten. Gemeinderat Hohl kritisierte, dass eine zusätzliche Anbindung des ÖPNV bei diesem Baugebiet mit prognostizierten 740 Einwohnern nicht vorgesehen ist, der Individualverkehr werde dagegen größtmöglich berücksichtigt. Er erinnerte an die gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich der Berücksichtigung des ÖPNV in Neubaugebieten. So könne seiner Auffassung nach eine Verlängerung der Straßenbahn mit einer möglichen Haltestelle geplant werden. Zum Grünordnungsplan sei eine umfangreiche Studie vorgelegt worden. Mit der Bebauung würden Lebensbereiche von Tieren und Pflanzen vernichtet. Auch die Landwirtschaft verliere wertvolle Flächen. Seiner Auffassung nach habe der Landwirtschaftsverband nicht ausreichend um das Gelände gekämpft. Seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten und die Offenlage abwarten.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) regte eine Überprüfung der Berechnungsart der Ausgleichsfläche an und bat um Prüfung ob die Ausgleichsflächen oder zumindest der größte Teil von ihnen innerhalb des Gebietes ausgewiesen werden könne. Es sei Konsens im Ratsgremium gewesen, dass grundsätzlich keine Ausgleichsflächen außerhalb ausgewiesen werden sollen. Bürgermeister Huckele verwies auf die neueste europäische Rechtsprechung und dass es schwer sei für das Ratsgremium, die dadurch erforderlichen Änderungen nachzuvollziehen. Herr Ness erläuterte dazu, dass der Hinweis von Gemeinderätin Schuster, dass in anderen Gemeinden die Ausgleichsflächen innerhalb des Baugebiets ausgewiesen werden können, für dieses Gebiet nicht vergleichbar sei. Durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Schutz bedrohter Tierarten sei eine grundsätzliche Änderung der Rechtsauslegung eingetreten. Es sei bei der Überprüfung des Baugebietes von Plankstadt festgestellt worden, dass dort in einem großen Birnbaum der Körnerbock lebt. Dadurch entstehe die Notwendigkeit, diesen – ggf. mit einem Teil des Baumes - umzusiedeln. Ähnlich sei es mit der Zauneidechse und dem Steinkauz, für diese Tierarten müssten Lebensräume geschaffen werden, in denen sowohl die Zauneidechse leben als auch der Steinkauz jagen kann. Letztendlich müsse für dieses Gebiet beim Regierungspräsidium ein Antrag auf Befreiung gestellt werden und das Regierungspräsidium wird im Hinblick auf geschützte und bedrohte Tierarten Auflagen erteilen. Mit dem vorgelegten Konzept der Ausweisung der Ausgleichsflächen im Außenbereich sehe er eine realistische Chance, dass das Regierungspräsidium die Genehmigung erteile. Um die Diskussion über das Thema „Körnerbock“ zu beenden, teilte Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Mende mit, dass er ein Grundstück auf Heidelberger Gemarkung mit zwei älteren Birnbäumen besitze, die er zur Umsiedlung des Körnerbocks bereitstelle. Herr Harter vom Institut für Umweltstudien wird diese Möglichkeit prüfen.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) regte an, eine Haltestelle im Ostbereich der Eppelheimer Straße für den ÖPNV vorzusehen. Frau Uhlig vom Büro Butsch erläuterte die Stellungnahme vom Verkehrsverbund Rhein-Neckar sowie vom Rhein-Neckar-Kreis und dem BRN als Betreiber. Danach wurde die Möglichkeit einer direkten ÖPNV-Anbindung geprüft und negativ beurteilt. Die bestehende Buslinie würde eine direkte Durchfahrt (Schleifenfahrt) durch das Plangebiet aus Zeitgründen nicht zulassen, der Verkehrsverbund Rhein-Neckar sehe das Gebiet durch die bestehenden Haltestellen als erschlossen an. Die Möglichkeit, eine weitere Haltestelle, die näher am Baugebiet liege, einzurichten, wurde dabei ebenso negativ beschieden. Gemeinderätin Breitenbücher verwies auf die geringe Entfernung zwischen den Haltestellen Rathaus und Eppelheimer Straße und plädierte dafür nochmals mit

Nachdruck mit dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar zu verhandeln. Frau Uhlig verwies auf die weitere Anhörung im Rahmen des Verfahrens.

Gemeinderat Prof. Dr. Dr. Mende erkundigte sich vor der Beschlussfassung nach dem Vorgehen hinsichtlich der „Minigrünanlage“. Mit der Versicherung von Frau Butsch, dass das Wegfallen dieses Grünstreifens keine Auswirkungen auf die Planung und die Realisierung des Baugebiets habe, wird der Grünstreifen aus der Planung genommen.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung billigte das Ratsgremium die Abwägungsvorschläge zu den während der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen und beschloss mehrheitlich auf Grundlage der überarbeiteten Entwürfe des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften die Durchführung der förmlichen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch.

TOP Ö 3 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Jahr 2007

Bürgermeister Huckele erläuterte die Vorgehensweise bei der Aufstellung des Haushalts 2007 und wies den Vorwurf der schlechten Vorbereitung der Sitzungen zu den Haushaltsplanberatungen durch die Verwaltung zurück. Die Anträge der Fraktionen waren bereits frühzeitig behandelt worden. Nicht vorhersehbar war ein am 29.12.2006 eingegangener Gewerbesteuerbescheid einer großen Plankstadter Firma, der eine Herabsetzung der Vorauszahlung für das Jahr 2006 und eine Anpassung der Gewerbesteuervorauszahlung für das Jahr 2007 beinhaltete. Dieser Umstand machte eine nachträgliche grundlegende Überarbeitung des Haushaltsplansentwurfs notwendig. Auf die positiven Aspekte eingehend, hob Bürgermeister Huckele die im Dezember beschlossene Senkung des Grundsteuerhebesatzes, der sowohl für die Grundstückseigentümer, als auch für die Mieter eine Entlastung darstellt und die Reduzierung des Gewerbesteuerhebesatzes von 360 auf 330 v. H. hervor. Außerdem ist zur Finanzierung des Haushalts keine Darlehensaufnahme, sondern eine planmäßige Schuldentilgung vorgesehen. Des Weiteren konnte auf eine Erhöhung der Wasser- bzw. Abwassergebühren verzichtet werden. Auf den Wirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung eingehend, verwies Bürgermeister Huckele auf einen ausgeglichenen Erfolgsplan. Für die Versorgungsleitungen im Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ sowie für geplante Sanierungen im Ortsnetz wird voraussichtlich ein Darlehen von rund 1,2 Millionen Euro erforderlich.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) ging zunächst auf den allgemeinen konjunkturellen Aufschwung ein und hoffte, dass die wirtschaftliche Entwicklung mit der Schaffung von Arbeitsplätzen einhergehe. Die Kommunen befänden sich aber weiterhin in einer schlechten finanziellen Situation, da von Bund und Land keine Geschenke zu erwarten seien. Für das Jahr 2007 sah sie einen Aufwärtstrend bei den Kommunal финанzen. Bereits 2006 sei ein positiver Trend sichtbar gewesen, der allerdings Ende des Jahres jäh gestoppt worden sei. Der vorliegende Haushaltsplan sei geprägt von Ausgaben für Pflichtaufgaben, die von der Gemeinde nicht beeinflussbar seien. Da der kommunale Schuldenstand den Gestaltungsspielraum einschränke, sei es ein wichtiges Ziel, den Schuldenstand zu reduzieren. Daher war es in den vergangenen Jahren in einigen Bereichen notwendig, eine angemessene Gebührenanpassung vorzunehmen. Die Reduzierung der Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer sei für die Betroffenen ein Zeichen dafür, dass die Gemeinde die Bürgerinnen und Bürger an positiven Entwicklungen teilhaben lasse. Hinsichtlich der Wertabschöpfung von 4,5 Millionen Euro im Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ sei die Zeitschiene mit „heißer Nadel“ gestrickt, die bei auftretenden Verzögerungen im Bebauungsplanverfahren zu zeitlichen bzw. finanziellen Schwierigkeiten führen kann. Der in der vorherigen

Ausschusssitzung besprochene Ausgabensperrvermerk hinsichtlich der Sanierung der Ehehaltstraße wertete Gemeinderätin Schuster als finanziellen Spielraum, um auf evtl. auftretende aktuelle Gegebenheiten reagieren zu können. Sie verwies auf die noch ausstehende Entscheidung des Gemeinderats über eine Mehrzuteilung von Gelände im Baugebiet „Bruchhäuser Weg“, das ggf. für einen Tausch mit anderen Grundstücken im Ortskern, verwendet werden kann. In diesem Zusammenhang appellierte sie auf eine zeitnahe Entscheidung. Eine positive Zeichensetzung sah in dem Erwerb der Häuser im Heinrich-Heine-Weg 7 – 11, die auch künftig im Gemeindeeigentum verbleiben sollten. Die eingeplanten Sanierungen von Straßen und Objekten seien allerdings nur mit Mitteln aus der Wertabschöpfung im Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ möglich. Die freiwilligen Leistungen im Bereich Sport und Vereine konnten unverändert beibehalten werden. Des Weiteren freute sie sich über eine zusätzliche Förderung der Behindertensportgruppe, zumal es immer wichtiger werde, Behinderte umfassend in die Gesellschaft einzubinden. Die Stagnation bei den Personal-kosten betrachtete sie als Beitrag der Verwaltung zum Sparen.

Im Bereich der Wasserversorgung erinnerte sie an den noch abzuschließenden Wasserlieferungsvertrag mit den Stadtwerken Schwetzingen.

Gemeinderätin Schuster dankte RAL Kroihner und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte Arbeit und betonte, dass die Vertagung der Beschlussfassung zum Haushaltsplan in der März-Sitzung kein Misstrauen gegenüber der Arbeit der Kämmerei gewesen sei. Mit dem Zitat aus Wilhelm Tell „Sieh vorwärts und nicht hinter dich“ signalisierte sie die Zustimmung ihrer Fraktion.

Gemeinderat Dr. Stephan Verclas (PL) verwies auf die Ausführungen seiner Vorrednerin sowie auf seine ausführlichen Erläuterungen in der März-Sitzung und signalisierte die prinzipielle Zustimmung der Plankstadter Liste. Auch er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu Mehreinnahmen bei der Gemeinde führe. Er bemerkte kritisch an, dass sich der Haushalt 2007 mit der Wertabschöpfung der Grundstücke im Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ und der Rücklagenentnahme auf zwei „Einmaleffekte“ stütze. Auch seine Fraktion wolle an der Sperre der Sanierungsausgaben für die Ehehaltstraße festhalten. Gemeinderat Dr. Verclas beantragte folgende Änderungen im Haushaltsplan vorzusehen:

- Finanzierung des Kaufs der Häuser im Heinrich-Heine-Weg durch Kreditaufnahme
- Streichung des Ansatzes für das Heizungskonzept der Humboldt-Schule
- Reduzierung der Rücklagenentnahme um die Ausgabenminderungen.

Durch dieses Vorgehen, so Gemeinderat Dr. Verclas, sei ein finanzieller Spielraum für diverse andere Maßnahmen vorhanden. Gemeinderat Dr. Verclas wiederholte seine in der März-sitzung erhobene Kritik an der Vorgehensweise der Verwaltung bei den Vorbereitungen für die Aufstellung des Haushaltsplans.

Bürgermeister Huckele machte deutlich, dass in der letzten Sitzung Einigung darüber bestand, derzeit keine Kredite aufzunehmen. Eine Kreditaufnahme ohne dringende Notwendigkeit sei zudem finanzpolitisch nicht anzuraten.

Auf die wiederholte Kritik von Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) und anderen Ratsmitgliedern, dass der Erwerb der Wohnhäuser im Heinrich-Heine-Weg über die Rücklagenentnahme finanziert werde, entgegnete Bürgermeister Huckele, dass eine Finanzierung im Rahmen des Gesamtdeckungsprinzips erfolge. Da die eingangs erwähnte Gewerbesteuererminderung buchungstechnisch nicht mehr im Jahr 2006 abgewickelt werden konnte, ergab sich eine erhöhte Rücklagenzuführung im alten Jahr, auf die im Jahr 2007 durch eine Entnahme zurückgegriffen werden muss.

Nachdem es seit der letzten Sitzung keine Korrektur des Haushaltsplans gegeben habe, so Gemeinderat Dieter Schneider (SPD), könne seine Fraktion dem vorgelegten Entwurf nicht zustimmen. Er kritisierte die Einstellung eines möglichen Verkaufserlöses der Wohnhäuser im Heinrich-Heine-Weg in der Finanzplanung des Jahres 2008 und hätte sich ebenfalls beim Erwerb eine Kreditfinanzierung gewünscht, da es sich vorliegend um „rentierlichen Schulden“ handeln würde. Die zeitliche Einstellung der Wertabschöpfung in Höhe von 4,5 Millionen Euro bezeichnete er als sehr optimistisch. Da nach seinen Erkenntnissen der Personalrat ein eigenes Konzept über eine interne Verwaltungsorganisation vorgelegt habe, kritisierte Gemeinderat Schneider die im Stellenplan in A 13 ausgewiesene Stelle des Hauptamtsleiters.

Bürgermeister Huckele bestätigte, dass der Personalrat ein Konzept vorgelegt hat. Ungeachtet dessen, wolle er an der Stelle des Hauptamtsleiters (A 13) festhalten und neu besetzen. Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) bedauerte, dass der Bürgermeister nicht offen sei für eine Diskussion über eine interne Verwaltungsorganisation mit dem Ziel der Stelleneinsparung des Hauptamtsleiters. Er hielt die Hebesatzsenkungen für die Grund- und Gewerbesteuer für nicht zukunftsweisend. Er signalisierte seitens seiner Fraktion die Ablehnung des Haushaltsplans und die Zustimmung zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung. Er dankte dem Kämmerer und seinen Mitarbeitern für das solide Zahlenwerk.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) wiederholte seine Auffassung aus der März-Sitzung, dass der Haushalt grundsätzlich beschlussfähig sei. Er ging nochmals auf die Problematik von evtl. zeitlichen Verzögerungen bei der Realisierung des Neubaugebiets „Bruchhäuser Weg“ ein. Der Haushaltsplan könne nicht einseitig nach haushaltsrechtlichen Vorgaben beurteilt werden. Eine Projektoptimierung, die auf die Zukunft ausgerichtet ist, sei nur in Ansätzen zu erkennen. Anregungen der GLP hinsichtlich Umwelt, Bildung und Soziales seien im Haushaltsplan ebenso nur ansatzweise zu finden. Interessante Ansatzpunkte könnten die Personalstruktur und die Wasserförderung sein. Der Erwerb von Objekten soll ergebnisoffen diskutiert werden, wobei eine örtliche Begehung hilfreich wäre.

Vorrangiges Ziel müsste eine weitere Senkung der Schulden sein, so Gemeinderat Winfried Wolf weiter. Als kritisch bezeichnete er die hohen Ausgaben für die Straßenerneuerung und plädierte dafür, die Sanierung aller Straßen mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die im Dezember beschlossene Senkung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer sah er als falsches Signal zum falschen Zeitpunkt.

Seiner Auffassung nach fehlen im Haushaltsplan wichtige Akzente:

- Planungen zum Objekt „Adler“,
- Sanierung des Wasserturms in den kommenden Jahren
- Akzente zur Klimathematik, die von globalem Interesse sei.
- Verwaltungsreorganisation.

Dabei wolle er die Stelle des Hauptamtsleiters nicht in Frage stellen. Er kritisierte jedoch, dass das Thema Verwaltungsstruktur mit Bürgermeister Huckele nicht ergebnisoffen diskutiert werden könne. Außerdem erinnerte er an die noch ausstehende Beratung über den Energie- und Umweltbericht und die angemessene Behandlung des Themas CO₂-Belastung.

Dem Zitat von Gemeinderätin Schuster hielt er entgegen „Wer seine Vergangenheit nicht kennt, kann die Zukunft nicht planen“. Im Hinblick auf die dargelegte Situation sah er keine zwingenden Gründe für eine Zustimmung zum Haushaltsplan. Auch hinsichtlich der Wasserversorgung sah er eine ernüchternde Bilanz, die Vorlage stimme nicht optimistisch.

Gemeinderat Dr. Verclas (PL) erinnert an die weitergehenden Anträge seiner Fraktion.

Bezüglich der von der Plankstadter Liste geforderten Streichung des Ansatzes für das Heizungskonzept für die Humboldtschule, entgegnete Bauamtsleiter Boxheimer, dass diese Mittel eingestellt wurden, um ein zukunftsfähiges Wärmekonzept erstellen zu können und erinnerte an die Diskussion bei der Erneuerung der Heizungsanlage der Friedrichschule/Schwimmhalle.

Aufgrund dieser Information verzichtete Gemeinderat Dr. Verclas auf die Streichung des Ansatzes für die Heizungsplanung. Er plädierte dafür künftig solche Erläuterungen bei den Ansätzen im Haushaltsplan aufzunehmen, damit seien einige Nachfragen und Anträge entbehrlich.

Gemeinderat Dr. Verclas erinnerte an den weiteren Antrag seiner Fraktion hinsichtlich des Verzichts auf die Rücklagenentnahme und stattdessen Aufnahme eines Kredits für den Kauf des Heinrich-Heine-Wegs.

Bürgermeister Huckele erläuterte, dass dies zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sei. da ansonsten der Haushaltsplan komplett geändert werden muss, insbesondere hinsichtlich der nicht eingeplanten Kreditermächtigung, der Zins- und Tilgungsleistungen sowie des Finanzplans.

Es wurde Einzelabstimmung sowie getrennte Abstimmung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Jahr 2007 beantragt.

Der Beschluss zur Haushaltssatzung mit Haushaltsplan erfolgte mit 12 Stimmen für den Antrag (Gemeinderätin Jutta Schuster; den Gemeinderäten Andreas Berger, Andreas Wolf, Günter Kolb, Hans-Peter Helmling, Karl Schleich und Oskar Sessler, alle CDU, Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher, den Gemeinderäten Gerhard Waldecker, Fredi Engelhard und Horst Kolb, alle PL sowie Bürgermeister Huckele), 5 Gegenstimmen (Gemeinderat Dr. Stephan Verclas (PL), Gemeinderätin Gaby Wacker sowie den Gemeinderäten Dieter Schneider, Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende und Werner Engelhardt, alle SPD) und 2 Enthaltungen (Gemeinderat Ulf-Udo Hohl und Gemeinderat Winfried Wolf, beide GLP)

Der Beschluss des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung erfolgte mehrheitlich bei 2 Enthaltungen der GLP.

TOP Ö 4 Zustimmung zur Neuwahl von Herrn Hans-Georg Berger zum Stellvertretenden Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr

Auf Grund des Ablaufs der Amtszeit des derzeitigen Stelleninhabers, Herrn Rudolf Wolf, war in der Hauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Plankstadt am 10.03.2007 die Neuwahl des Stellvertretenden Feuerwehrkommandanten anzuberaumen.

Gem. § 8 Abs.2 des Feuerwehrgesetzes sowie § 11 der örtlichen Feuerwehrsatzung wird der Stellvertretende

Kommandant durch die aktiven Angehörigen der Gemeindefeuerwehr auf die Dauer von 5 Jahren in geheimer Wahl gewählt und nach Zustimmung durch den Gemeinderat zur Wahl vom Bürgermeister bestellt.

Im Rahmen der Hauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr am 10.03.2007 wurde die erforderliche Neuwahl anberaumt, wobei unter Einhaltung des gesetzlichen Wahlmodus Herr Hans-Georg Berger mit der erforderlichen Stimmenmehrheit zum neuen Stellvertretenden Kommandanten gewählt wurde.

Feuerwehrgesetz sowie örtliche Feuerwehrsatzung bestimmen, dass zum Stellvertretenden Feuerwehrkommandanten nur gewählt bzw. bestellt werden darf, wer die für das Amt erforderliche persönliche und fachlichen Voraussetzungen erfüllt, d.h. insbesondere die hierzu geforderte Ausbildung gemäß der Feuerwehrdienstvorschrift erfolgreich abgeschlossen hat. Die persönlichen Voraussetzungen zur Übernahme des Amtes als Stellvertretender Kommandant liegen bei Herrn Berger unstrittig vor, jedoch verfügt er aktuell noch nicht über die gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildungsgänge. Nach Auskunft des Kreisreferats Brandschutz ist hier zumindest eine Teilnahme an der Zugführerausbildung vorzusehen, Herr Berger kann trotz der noch ausstehenden fachlichen Qualifikation bereits aktuell die Funktion des Stellvertretenden Kommandanten übertragen werden. Eine entsprechende Anmeldung zum Zugführerlehrgang an der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg wurde bereits veranlasst. In Anbetracht der sich stellenden Rechtslage schlug die Verwaltung dem Ratsgremium vor, die rechtlich geforderte Zustimmung des Gemeinderats zur Wahl des Stellvertretenden Kommandanten unter der Bedingung zu erteilen, dass Herr Berger zeitnah und erfolgreich die erforderlichen Ausbildungsgänge erwirbt.

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU), wie auch Gemeinderat Horst Kolb (PL) und Gemeinderat Fredi Engelhardt (SPD) konnten dem Beschlussvorschlag der Verwaltung uneingeschränkt entsprechen. Gleiches galt für Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP).

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung entsprach das Ratsgremium dem Verwaltungsvorschlag mit einstimmigem Votum und befürwortete die in der Hauptversammlung am 10.03.2007 erfolgte Wahl von Herrn Hans-Georg Berger zum Stellvertretenden Kommandanten unter der Bedingung einer zeitnahen und erfolgreichen Lehrgangsteilnahme zum Erwerb der für das Amt erforderlichen fachlichen Qualifikation.

TOP Ö 5 Abschluss eines neuen Pachtvertrags mit dem TENNIS CLUB Plankstadt e.V.

Nach Ablauf des bisherigen Pachtvertrags ist mit dem TENNIS CLUB für das gemeindeeigene Sportgelände an der Jahnstraße ein neuer Vertrag abzuschließen. Der Pachtzins, der als Vereinsförderung dem Verein wie bisher verbleibt, ist neu berechnet worden. Der Grundstücksanteil für das Vereinshaus, der wirtschaftlich nutzbar ist, ist mit 50 €/m² bewertet worden, das übrigen Gelände mit 0,10 €/m². Aus dem ermittelten Wert wurde mit 5% der Pachtzins ermittelt und auf volle Tausend Euro nach unten gerundet. Der Vertrag ist mit dem TENNIS CLUB, vertreten durch den Vorsitzenden, abgestimmt.

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zum vorgelegten Vertragsentwurf. Er erkundigte sich, ob die örtlichen Schulen, wie in § 7 Abs. 3 des Vertragsentwurfs, von der kostenlosen Nutzung Gebrauch machen.

Der im Zuschauerraum Anwesende 2. Vorsitzende bestätigte dies.

Bezüglich des § 9 des Vertragsentwurf empfahl Gemeinderat Schleich im Hinblick auf ggf. gemeindlichen Schwierigkeiten, der Reinigungs- und Streupflicht nachzukommen, einen Passus mit aufzunehmen, dass die Reinigungs- und Streupflicht jederzeit auf den Verein übertragen werden kann.

Bürgermeister Huckele sah keine Notwendigkeit in der Aufnahme eines solchen Passus, da die Gemeinde zum Reinigungs- und Streudienst in der Nähe verpflichtet ist und den Bereich dann ohne weiteres mit reinigen und streuen kann.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) freute sich, dass der Vertrag endlich zustande kommt und signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion zum vorliegenden Vertragsentwurf.

Auch Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) signalisierte die Zustimmung ihrer Fraktion, zeigte sich verwundert darüber, dass der Vertrag rückwirkend zum 1.1.2002 gelten soll und erkundigte sich nach den Gründen über die verspätete Vorlage des Vertrags.

Bürgermeister Huckele erläuterte, dass der Vertrag verzögert wurde, da alle Pachtverträge mit Vereinen dem Gemeinderat im Paket vorgelegt werden sollten. Derzeit benötige der Verein jedoch einen aktuellen Vertrag für Anträge bei ihrem Verband und so wurde dieser Pachtvertrag vorab vorbereitet.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkundigte sich, ob die Gemeinde ein Mustervertrag zugrunde gelegt habe oder wer den Vertragsentwurf gefertigt habe.

Bürgermeister Huckele bestätigte, dass der Vertragsentwurf vom Rechnungsamt stammt, es sei noch der alte Entwurf des ehemaligen Rechnungsamtsleiters Schneider.

Gemeinderat Winfried Wolf empfahl eine rechtliche Überprüfung des Vertragsentwurfs, da einige Passagen verschieden ausgelegt werden könnten. So sei die Formulierung in § 3 Abs. 1 – öffentliches Wohl – nach seiner Auffassung nach nicht ausreichend definiert. Die Formulierung in Abs. 2 sah er als bedenklich und anfechtbar und der § 7 sollte dahingehend ergänzt werden, dass bei einer Untervermietung die Zustimmung der Gemeinde erforderlich sei, der Abs. 2 gebe dem Verein uneingeschränkt die Möglichkeit seine Anlage zu vermieten. Dort befürchtete er laute Feste oder Events.

Diese Möglichkeiten sah das Ratsgremium nicht, Gemeinderat Dr. Verclas (PL) verwies darauf, dass durch § 7 Abs. 1 der Verwendungszweck eindeutig festgelegt sei.

Gemeinderat Winfried Wolf betonte die großzügige Bezuschussung durch den niedrigen Pachtzins und erinnerte daran, dass die Sportförderung auch im Hinblick auf die Ausgabenentwicklung (freiwillige Aufgaben) beobachtet werden müsse. Er signalisierte jedoch die Zustimmung seiner Fraktion.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung wurde der Bürgermeister einstimmig ermächtigt mit dem TENNIS CLUB Plankstadt e.V. einen neuen Pachtvertrag gemäß des vorgelegten Vertragsentwurfs abzuschließen

TOP Ö 6-8 Bauanträge

- Vollumfänglich entsprochen werden konnte dem Bauantrag zum Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Nebengebäude auf dem Grundstück Flst.Nr. 113, Schwetzingen Str. 56. Der Beschluss zu vorgenanntem Baugesuch erfolgte einstimmig.
- Mehrheitlich erteilten die Ratsmitglieder ihr Einvernehmen zum Bauantrag zum Umbau eines Teils der Werkstatt auf dem Grundstück Flst.Nr. 3898, Carl-Benz-Str. 1, zu einer Wohnung.
- Im Rahmen des letzten Tagesordnungspunktes wurde das Einvernehmen zum Bauantrag zum Teilumbau der Garagen zu einer Wohneinheit auf dem Grundstück Flst.Nr. 18559, Friedrichstr. 19 Mehrheitlich erteilt.

TOP Ö 9 Bekanntgaben, Anfragen

1. Bewässerung Bäume im Außenbereich

Gemeinderat Horst Kolb (PL) schlug vor die Bewässerung der Bäume im Außenbereich an die ortsansässigen Landwirte zu übergeben.

2. Kreuzungsbereich Schwetzingen Straße/Schubertstraße/Schönauer Straße

Da ein Kreisel im Kreuzungsbereich Schwetzingen Straße/Schubertstraße/Schönauer Straße nicht möglich sei und sich eine Verkehrsregelung im Hinblick auf die Fertigstellung der B535 noch erheblich verzögern könne, regte Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) an, dort eine Geschwindigkeitsanzeige zu etablieren. Es werde dort viel zu schnell gefahren und die Erfahrungen mit solchen Geräten hätten gezeigt, dass die Geschwindigkeit des Durchgangsverkehrs allein dadurch schon merklich zurückgehen würde.

3. Neubepflanzung/-gestaltung Kreisel

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) erkundigte sich danach, ob die Neubepflanzung bzw. –gestaltung der Kreisel geplant sei. Bürgermeister Huckele bestätigte, dass nach Verabschiedung des Haushaltsplans mit den Arbeiten begonnen werden können. Derzeit wurde wegen der vorläufigen Haushaltsführung alle Projekte „auf Eis gelegt“, nunmehr könnten die Planungen aufgenommen werden.

4. Fahrradweg entlang der K 4147 Richtung Wieblingen

Gemeinderätin Schuster bezog sich auf ihre Anfrage in der letzten Ratssitzung bzgl. des Fahrradwegs entlang der K 4147 Richtung Wieblingen und erfragte den diesbezüglichen Sachstand. Bürgermeister Huckele berichtete, dass das Land lediglich die Straßendecke erneuere. Das Landratsamt habe ihm auf Nachfrage mitgeteilt, dass sie keine Einwände haben gegen den Ausbau und die Errichtung eines Radweges, dass sie sich aber nicht an den Kosten beteiligen werden. Gemeinderat Oskar Sessler schlug vor, die derzeit geplante Befestigung von Wirtschaftswegen auszusetzen und dafür einen Radweg entlang der K4147 im Rahmen der Flurbereinigung anzulegen.

Gemeinderätin Schuster erinnerte daran, dass die Stadt Heidelberg für 2007 die Erneuerung der Straße auf ihrer Gemarkung eingeplant habe. Man sollte zeitnah Verbindung mit dem Oberbürgermeister aufnehmen und ihn

bitten, auf der Gemarkung Heidelberg ebenfalls einen Radweg vorzusehen. Wenn mit den Arbeiten zur Straßenerneuerung auf der Gemarkung Heidelberg begonnen ist, wird dies nicht mehr möglich sein.

5. 25-jährige Partnerschaft mit Castelnau-le-Lez

Gemeinderätin Schuster regte an zum offiziellen Festakt anlässlich der 25-jährigen Partnerschaft mit Castelnau-le-Lez die Vorstandsvorsitzenden der Verein einzuladen.

6. Verwaltungsorganisation – Konzept des Personalrats der Gemeinde Plankstadt

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erkundigte sich nach dem angesprochenen Konzept des Personalrates der Gemeinde Plankstadt und regte an das Konzept zur nächsten Sitzung aufzulegen. Gemeinderätin Wacker (SPD) erinnerte in diesem Zusammenhang an das Schreiben der SPD-Fraktion, in der sie um Überlassung der Stellenbeschreibung des Hauptamtsleiters und um Gegenüberstellung der geschätzten Kosten der internen Lösung im Vergleich zu den Kosten für die Stelle des Hauptamtsleiters gebeten habe.

7. Neubaugebiet „Gässeläcker“ - Straßenbeschilderung

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) erkundigte sich, ob im Neubaugebiet „Gässeläcker“ die Straßenschilder aufgestellt werden könnten. Sie sei von Bürgern angesprochen worden, die bereits seit einem Jahr in einem neuen Haus in diesem Gebiet wohnen und noch keine Straßenbeschilderung vorhanden sei. Bauamtsleiter Boxheimer sicherte dies partiell zu.

8. Verkehrswege

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) berichtete über eine schadhafte Straßendecke (Loch) in der Straße „Bruchhäuser Weg“ in der Nähe des Häckselplatzes und bat um Abhilfe.

Weiter regte er an in der Handschuhsheimer Straße eine Geschwindigkeitsanzeige zu installieren, da die Anwohner klagen, dass dort viel zu schnell gefahren werde. Bürgermeister Huckele sprach sich für die Anschaffung eines eigenen Gerätes – und nicht in Kooperation mit anderen Gemeinden – aus.

9. Zuhöreranfragen

Herr Heinrich Brixner, 2. Vorsitzender des TENNIS CLUB, dankte dem Ratsgremium für die Entscheidung zum Abschluss eines neuen Pachtvertrags und der damit verbundenen indirekten Zuwendung für die Jugend.